



Kritik an Bundespräsident Cassis

Billiger Moralismus in der Ukraine-Frage

KATHARINA FONTANA

Bundespräsident Ignazio Cassis hat sich einmal mehr in die Nesseln gesetzt. Sein Departement hat Russland wegen der mutmasslichen Kriegsverbrechen im ukrainischen Butscha nicht (vor)verurteilt, sondern eine unabhängige Untersuchung zu den Geschehnissen gefordert und zum Schutz der Zivilbevölkerung aufgerufen.

Cassis hat damit das getan, was man von einem besonnenen Schweizer Bundespräsidenten in dieser Lage erwarten darf – zumal bekannt ist, dass das erste Opfer des Krieges die Wahrheit ist und die Dinge nicht zwingend immer so sein müssen, wie sie sich darstellen. Doch der nüchterne Ton des Aussenministers kam gar nicht gut an. In etlichen Medien und von Politikern wurde Cassis wegen der zurückhaltenden Stellungnahme harsch kritisiert, man forderte eine schärfere und entschlosseneren Haltung. Und so erklärte sich Cassis einen Tag später nochmals und schob nach, dass die entsetzlichen Bilder von den getöteten Zivilisten, diese Greuelthaten, ihn selbstverständlich betroffen machten.

Die Episode zeigt: Was in der Ukraine-Frage verlangt wird, ist das Maximum an Empörung. Immer Überall. Und vor allem sofort. Zwischentöne sind tabu, Unsicherheiten ausgeschlossen. Damit einher geht der Drang bzw. der Zwang, dass jeder und jede unbedingte Loyalität mit der Ukraine ausdrücken soll. Das mag man angesichts des brutalen Krieges verstehen.

Befremdlich ist aber, wie im Gegenzug fast schon hemmungslos gegen alles Russische vom Leder gezogen wird. Selbstverständlich soll die Schweiz die Sanktionen gegen die gelisteten Russen konsequent umsetzen. Doch hat man den Eindruck, dass dies weiten Kreisen nicht mehr reicht. Es scheint, dass die Kombination von «Russe» und «reich» schon genügt, um die Enteignung der Betroffenen zu fordern und die soziale Ausgrenzung gleich mit, angefangen bei russischen Künstlern bis zu russischen Bergsteigern. Selbst tote Russen sind inzwischen suspekt: Wer Tschaikowsky auf die Bühne bringt und Dostojewski in die Vorlesung, riskiert, als Anhänger von Putin zu gelten.

Die öffentlich zelebrierte einwandfreie Gesinnung ist nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine

in Mode. Doch in diesem Fall zeigt sich besonders deutlich, wie billig sie zu haben ist. Sie kostet keinen Mut, ist eine wohlfeile Pose. Jeder kann mit einer geposteten ukrainischen Flagge in den sozialen Netzwerken oder der schnellen Unterschrift auf Aufrufen zeigen, dass er auf der richtigen Seite steht. Natürlich können Schweizer Kulturschaffende ultimativ den Stopp von russischen Öl- und Gaslieferungen fordern, auch Politiker dürfen dies tun. Doch letztlich sind das nur Appelle, die ohne persönliche Opfer zu haben sind. Entbehrungen verlangt der ganze Moralismus bis jetzt kaum.

Zudem ist die Welt um einiges komplexer, als sie die Moralisten gerne darstellen. Und die Implikationen sind es auch. So begeben sich derzeit westliche Regierungsvertreter reihenweise in die Golfstaaten, um sich aus der russischen Energieabhängigkeit zu befreien und sich Gas und Öl zu sichern. Nichts scheint derzeit verwerflicher zu sein, als mit Energielieferungen den Krieg von Putin mitzufinanzieren. Das ist absolut verständlich, geht aber nur, wenn man grosszügig darüber hinweggeht, dass die Verhandlungspartner am Golf alles andere als rechtsstaatliche Musterländer sind und man nicht zu genau hinschauen sollte.

Um solche realpolitischen Zwänge und Widersprüche kommt man derzeit nicht herum, sie scheinen unausweichlich. Die Dilemmata lassen sich aber besser und glaubwürdiger aushalten, wenn man sich nicht gleichzeitig als Moralist aufspielt. Als einer, der die Welt einfach, rasch und bequem in Schwarz und Weiss aufteilt. Denn das ist sie nicht.

Es scheint, dass die Kombination von «Russe» und «reich» schon genügt, um die Enteignung der Betroffenen zu fordern und die soziale Ausgrenzung gleich mit.